



Auferstehung in der Lausitz

Sorblische Osterbräuche sind wieder populär. Was steckt hinter dem Comeback? Seite 18



Mittelalter im Anmarsch

Corvus Corax spielen beim Osterspektakel auf Burg Rabenstein. Ein Gespräch mit Castus, dem Bandgründer. Seiten 16/17

Volker Braun exklusiv

Ein frischer Text vom Dichtefürsten: über Krieg, Freiheit und seine Hoffnung für das Land. Seite 33



48 BRUTAL RÜGEN

Ostdeutsche Allgemeine, 4. bis 9. April 2026

Lügen auf Rügen

Intransparente Verfahren und dauerhafte Lärmbelästigung: Seit der Planung des LNG-Terminals müssen Anwohner immer neue Rückschläge hinnehmen

NIKLAS GOLITSCHKE



FOTILLUSTRATION: DETEKTIVE ALLGEMEINE. FOTO: INAGL

Der Kampf, dem sich Thomas Kunstmann und seine Mitstreiter verschrieben haben, ist im Grunde aussichtslos. Seit mehr als zwei Jahren steht das LNG-Terminal Mukran bereits vor Rügen. Mit der jüngsten Änderungsgenehmigung ist der Betrieb voraussichtlich bis Ende 2043 zementiert. „Wir wissen, dass wir zu schwach sind, die Genehmigung zu verhindern“, sagt Kunstmann vom Aktionsrat der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen – und trotzdem ist Aufgeben keine Option.

Bereits in der Planungsphase hat das LNG-Terminal auf Rügen die Insel in Aufruhr versetzt. Gegen den Widerstand vieler Rügener boxte die Ampel-Regierung das Vorhaben durch. Nachdem die Nordstream-Pipeline beschädigt worden war und Russland kein Gas mehr lieferte, sollten Alternativen her. Doch die Kritik an dem Betrieb reißt nicht ab. „Wir finden immer wieder Ansatzpunkte“, sagt Kunstmann. Dafür müsse er auch gar nicht lange suchen.

Da ist zum Beispiel das Thema Landstrom. In der ursprünglichen Genehmigung vom April 2024 hatte die zuständige Behörde noch eine entsprechende Anlage gefordert. Weil auch mit den Generatoren die offiziellen Lärmrichtwerte eingehalten werden, dürfen sie nun doch bleiben. Für die Kritiker eine Farce. „Der Lärm ist real“, betont Kunstmann. Seit Jahren reichen Anwohner Beschwerden ein. Am meisten seien die Mukraner betroffen, wo das Regasifizierungsschiff im Hafen liegt. Doch auch in Letzow, Prora und Binz sei das Brummen, das mit Vibrationen einhergehe, zu hören.

Das bestätigt Michael Schade. Der 70-Jährige lebt in Prora an der Küste, seine Fenster zeigen zur Straßenseite – und trotzdem: „Ich nehme das Brummen punktuell wahr.“ Für einen Ruheort, der vielen Besuchern eigentlich zur Erholung dienen sollte, sei das umso gravierender. „Man wird nachts davon wach und schläft nicht wieder ein“, sagt Schade über die Belästigung. Doch angesichts der offiziell nicht überschrittenen Richtwerte dringen die Anwohner mit ihren Beschwerden nicht durch.

Warnung vor Überkapazitäten

Aus Sicht der Deutschen ReGas als Betreiberin des LNG-Terminals läuft die Kritik ins Leere. „Die Einhaltung der Grenzwerte wird fortlaufend unabhängig überwacht und durch die Behörden kontrolliert“, sagt der Sprecher Jan-Peter Haack auf Nachfrage. Er verweist auf zusätzliche Schalldämpfer und Katalysatoren, mit denen das Terminal ausgerüstet worden sei – zum Schutz der Umwelt und der Menschen im Umfeld des Hafens.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den weiteren Kritikpunkten. Auf der einen Seite sind die Ungerümelheiten, auf der anderen die formal erfüllten Kriterien. Ursache dieses Übels war auch das LNG-Beschleunigungsgesetz. Wegen der einst befürchteten Gasmangellage sollte der Bau der Terminals vereinfacht werden.

Der Energiesicherheit fielen dann Aspekte wie die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Opfer. „Viele Aspekte sind verloren gegangen“, bedauert Kunstmann vom Aktionsrat der Bürgerinitiative.

Immer wieder sehen sich die Kritiker in ihren Bedenken bestätigt. Unter anderem prüft die Deutsche Umwelthilfe (DUH) des-

halb gerade einen Widerspruch gegen die Änderungsgenehmigung. Die Energie- und Klimaschutzexpertin Milena Pressentin spricht von massiven Sicherheits- und Umweltrisiken durch den Betrieb mit Generatoren statt einer Energieversorgung per Landstrom. „Das widerspricht den Versprechen und den legitimen Interessen der Anwohner“, erklärt sie. Bei einer Störfallanlage der obersten Klasse dürfe es keine zweitbeste Lösung geben.

Zudem ist aus Sicht der DUH nicht abschließend geklärt, ob die Änderungsgenehmigung noch unter das im Vorjahr abgelaufene LNG-Beschleunigungsgesetz fallen ist oder der Antrag dafür zu spät gestellt wurde.

Die Umweltschutzorganisation warnt darüber hinaus vor unnötigen Überkapazi-

täten für fossile Brennstoffe. „Wir haben insgesamt neun LNG-Terminals. Das ist über das Ziel hinausgeschossen“, sagt Pressentin. Für einen minimalen Nutzen werde vor Ort maximaler Schaden angerichtet, Schutzgebiete um Rügen würden belastet, Schweinswale und Seevögel beeinträchtigt. Statt bei der Energieversorgung unabhängig zu werden und in erneuerbare Energien zu investieren, würden nur die Risiken gestreut.

Nach Angaben der Bundesnetzagentur kommen rund elf Prozent der Gasimporte über die LNG-Terminals in Nord- und Ostsee. Die Sprecherin Ulrike Platz nennt das „eine zusätzliche Versorgungsabsicherung für Deutschland und den europäischen Gasbinnenmarkt“. Zurzeit sei die Versorgung stabil und gewährleistet;

trotz der Preissprünge infolge des Iran-Krieges.

Die Deutsche ReGas schätzt die Lage naturgemäß anders ein als die Kritiker. Mit einer Einspeiseleistung von 22 Terawattstunden in der laufenden Heizperiode sei Oktober 2025 seien 6,5 Millionen Haushalte in Deutschland versorgt worden. „Das Energieterminal Deutsche Ostsee hat in diesem Winter in Deutschland mit Abstand die größte Einspeiseleistung aller LNG-Terminals erbracht und gehört auch europaweit zu den leistungsstärksten schwimmenden Importterminals“, argumentiert der Unternehmenssprecher Jan-Peter Haack. Die Kapazitäten für dieses Jahr seien vollständig kostenpflichtig vermarktet. Ob die gebuchten Slots genutzt werden, sei jedoch Entscheidung der Energiehändler.

Als Betreiber der Infrastruktur sieht sich das Unternehmen dann auch nicht in der Verantwortung für weitere Probleme, die die LNG-Importe mit sich bringen. Der Großteil kam zuletzt aus den USA, wo das Gas durch umweltschädliches Fracking gewonnen wird. Ganze Landstriche werden dafür geopfert, hinzu kommt der klimaschädliche Transport mit dem Schiff über den Atlantik. „Das ist das dreckigste Gas überhaupt“, weiß Milena Pressentin von der DUH.

Wenn Deutschland die vorhandenen Gasspeicher besser gefüllt hätte, wäre zudem die hohe Einspeiseleistung nicht notwendig, ergänzt sie. Die Bundesnetzagentur verweist darauf, dass für das Speicherjahr 2026/27 bereits die Hälfte der Kapazitäten vermarktet sei. Bisher seien die Speicher „immer zu wesentlichen Teilen“ befüllt worden, die Verantwortung liege aber bei den Marktakteuren.

Gegen die einst befürchtete Gasmangel-lage spricht auch, dass die Deutsche ReGas ihre genehmigten Kapazitäten derzeit gar nicht ausschöpft. Das zweite Regasifizierungsschiff liegt schon seit einem Jahr nicht mehr vor Rügen, sondern vor Ägypten.

Den Chartervertrag mit dem Bund hat das Unternehmen gekündigt, plant aber nach eigenen Angaben künftig mit einem zweiten Schiff. Als Grund führte das Unternehmen eine „ruinöse Preispolitik“ der bundeseigenen Gesellschaft für staatliche LNG-Terminals an. Der Privatanbieter werde dadurch benachteiligt. Deshalb klagt das Unternehmen auch gegen staatliche Milliardenbeihilfen für die bundeseigenen Terminals.

„Es gibt keine Augenhöhe“

Politisch finden die Aktivisten mit ihren Forderungen nur bedingt Gehör. Thomas Kunstmann verweist zwar auf die offenen Gesprächskanäle ins zuständige Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (STALU) und ins Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern. Nur: „Es gibt keine Augenhöhe.“

Immer wieder zeigten sich auch die ungleichen wirtschaftlichen und juristischen Möglichkeiten der Bürgerinitiative im Vergleich mit den Akteuren, mit denen sich die Rügener anlegen. „Die Politiker begreifen nicht, wie ernst die Lage ist. Die Leute fühlen sich belästigt“, pflichtet der Anwohner Michael Schade bei. Zumal nur wenig unternommen worden sei, um Ängste vor Katastrophen oder Anschlügen auszuräumen.

Auf der Insel erinnern sie sich auch noch gut an die vollmundigen Versprechungen der damaligen Ampel-Regierung wie die verbesserte Bahnanbindung nach Berlin. Auf die Umsetzung warten sie bis heute. Obwohl sich das LNG-Beschleunigungsgesetz ausschließlich auf die nationale Versorgungssicherheit bezieht, landet das importierte Gas inzwischen auch im Ausland. Im Februar wurde so zum Beispiel die kriegsgebeutelte Ukraine mit versorgt.

Den Rügern ist bewusst, dass sie das LNG-Terminal wahrscheinlich nicht mehr loswerden. Was bleibt, ist der bittere Eindruck, dass selbst konstruktive Einwände nicht gehört werden – und jede Entscheidung vollständig zu ihren Lasten geht. Bei intransparenten Verfahren und fadenscheinigen Argumentationen müssen sie machtlos mit ansehen, wie ihre Heimat für den anhaltenden Gashunger geopfert wird.